

Schröder fand Gefolgsleute auch in den Gewerkschaften Im Gespräch mit Ursula Engelen-Kefer

Themen in dieser Ausgabe:

- Demografie Lüge ...!
- Ist alles käuflich?
- Emokratie ...!
- Werkverträge ...!
- Sozialpolitik ...!
- Lohnzuschüsse ...!
- Reformen ...!
- Gesundheit ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Die Demografie lüge	2
Ist alles käuflich? Die Grenzen des Marktes	2
«Emokratie» und die Diktatur des Schwachsinn	2
Werkverträge: Innovative Rückschritte	2
Mittelalterliche Sozialpolitik	2
Lohnzuschüsse für Langzeitarbeitslose: Die neue Job-Subvention	3
Deutsche Reformen kein Vorbild für Europa	3
Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Zwar beschwören CDU und SPD die Notwendigkeit, die Altersarmut zu bekämpfen. Aber ob Zuschussrente von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) oder Solidarrente von Sigmar Gabriel (SPD) –



in beiden Fällen hängen die „Trauben“ so hoch, dass die wirklich Bedürftigen sie gar nicht erreichen können. Außerdem ist dies nur die Reparatur nach dem Sündenfall der Riesterrente. An der massiven Absenkung des Rentenniveaus ändert dies nichts. Die Zukunft der solidarischen Rentenversicherung mit Pflichtbeiträgen bleibt weiterhin gefährdet, wenn das Netto-Rentenniveau vor Steuern bis 2030 auf 43 Prozent absinkt – für den Durchschnittsverdiener über 45 Jahre wohlge-merkt, für viele mithin noch erheblich weniger... Am Anfang gab es ja noch eine Gruppe der Aufrechten. Ottmar

Schreiner, Andrea Nahles und noch ein oder zwei. Wir haben uns immer standhaft dagegen ge-wehrt und gesagt: Wir können zwar eine Zusatz-rente machen, aber nicht auf Kosten der gesetzli-chen Altersrente.

Ich stand aber am Ende allein. Bei der letzten Bundesvorstandssitzung der SPD dazu war ich tatsächlich total allein... Die Gewerkschaften haben jenen weiteren Abriss des Sozialstaats nicht verhindert und verhindern können. Da beziehe ich mich als damalige stell-vertretende Vorsitzende



des DGB mit ein... Das eigentliche Problem ist, dass in der SPD keine Kraft erkennbar ist, die mit Durchsetzungswillen und Durchsetzungsfähigkeit diese dramatischen Verschlechterungen, die im Grunde genommen eine Gefährdung der ge-setzlichen Rentenversi-cherung bedeuten, korri-gieren könnte... In den Gewerkschaften hat sich eine gewaltige Machtverschiebung entwi-ckelt. Die Branchenge-

werkschaften, wir ha-ben ja nur noch acht DGB-Gewerkschaften insgesamt, sagen: Uns interessiert, dass wir einen hohen Organisati-onsgrad haben. Ge-werkschaften sind Inte-ressengruppen, sind Lobby-Gruppen. Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder. Und zwar tun sie dies aus ihrer Sicht durchaus folgerichtig und erfolg-reich: Die IG-Metall ist exportorientiert, die Ge-werkschaft Bergbau, Chemie, Energie (BCE), ist ebenfalls exportori-entiert und braucht die jeweiligen Regierun-gen, insbesondere für die Finanzierung des gravierenden Nieder-gangs im Bergbau, egal welcher Couleur. Ver.di hat keinen so starken Organisations-grad, mit Ausnahme der großen öffentli-chen Versorgungsun-ternehmen und Kom-munen, wo sie gut aufgestellt sind.

Quelle: Wirtschaft und Gesell-schaft

Anmerkung JB:

Selten ging ein aktives oder ehemaliges Mitglied aus der DGB-Spitze mit sich selbst und den Gewerkschaften derart kritisch ins Gericht. (nachdenkenseiten.de)

... und was sagt die SPD dazu?

(click)

SPD

Die Demografie - Lüge



Mit den Arbeitgebern die Altersarmut verhindern. Der Bundestag wird mit schwarz-gelber Mehrheit eine Absenkung des Rentenbeitrags von 19,6 auf 18,9 beschließen. SPD-Chef Siegmund Gabriel dagegen will die zukünftigen Rentner mit einem niedrigeren Rentenniveau vor Altersarmut schützen. Beide, Regierung und Opposition wollen mit ihren Maßnahmen eine de-

mografisch vorprogrammierte Rentenkatastrophe verhindern. Dabei gehen sie von falschen Annahmen aus, meint Stefan Welzk: es würden mehr Kinder geboren, als bisher angenommen. Und schon in den 70er Jahren habe man einen Bevölkerungsverhältnis bewältigt, das dem für 2030 prognostizierten sehr ähnlich war. [...] Deshalb – im Fazit – nun die

schlechte Nachricht: Zwar droht uns aus demografischen Gründen keine Rentenkatastrophe. Doch man kann millionenfache Altersarmut politisch produzieren. Und genau das geschieht – mit der Vielzahl der bereits beschlossenen Rentenkürzungen.. Und mit der Entlastung der Arbeitgeber durch den Übergang zur Privatvorsorge. **Quelle: WDR5 Politikum**



Ist alles käuflich? Die Grenzen des Marktes

Für das Austragen eines Babys eine Leihmutter mieten, mit Wetten auf den Tod eines Anderen Millionen verdienen, sich das Recht erkaufen, eine Tonne Schadstoff zu emittieren: fast alle Lebensbereiche werden mittlerweile von den

Regeln des Marktes bestimmt. Jetzt erhebt der amerikanische Moralphilosoph und Harvard-Professor Michael J. Sandel mahndend seine Stimme: es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie wir in Zukunft leben wollen: in einer Marktwirtschaft oder

in einer Marktgesellschaft? Was darf käuflich sein und was nicht der ökonomischen Perspektive unterworfen? Und wo sollte die Macht des Marktes ihre moralischen Grenzen finden? Also denken wir darüber nach! **Quelle: hr2 Der Tag [audio - mp3]**



Die Zukunft unserer Debattenkultur?

«Emokratie» und die Diktatur des Schwachsinn

Stefan Raab ist Besitzer einer Unterhaltungsfabrik, die seit den 1990er Jahren ganz unverhohlen nur eine einzige Ware produziert: Schwachsinn. Das ist seine Sache, die seiner Sender-Residenz ProSieben sowie all derer, die

sich Wok-WMs, „Wadde, hadde dudde da“ und sonstigem Balla-Balla aussetzen wollen. Wenn er sich aber anschickt, mit seinem Schwachsinn die Sphäre der Politik zu kolonisieren, der durch Jauch und andere Hausierer des Neoli-

beralismus ohnehin lädierten Debattenkultur in den deutschen Medien noch den Rest zu geben, dann ist es höchste Zeit zu rebellieren.

(Quelle: Hintergrund) Gefunden bei <http://hinter-den-schlagzeilen.de/>

Werkverträge: Innovative Rückschritte

Den Anfang haben Schlachtereien und Bauunternehmen gemacht: das Instrument der Werkverträge nutzen, um Sozialversicherungsabgaben zu umgehen und Arbeitskräfte besonders billig und flexibel einsetzen zu können. Hier wurde an ArbeitsmigrantInnen erprobt, was jetzt um sich greift. Seit die Leiharbeit zaghafte reguliert worden ist, nehmen

Werkvertragsverhältnisse auch in vielen anderen Branchen drastisch zu. Neben den negativen gesellschaftlichen Auswirkungen, z.B. auf die Löhne und Sozialversicherungsbeiträge, und der Übertragung unternehmerischer Risiken auf die Lohnabhängigen stellt sich die Frage, wie Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen im betrieblichen Alltag mit Werkver-

trägen umgehen und welche Konsequenzen Werkverträge für betriebliche Interessenvertretung und Organisierung haben. In den Aussagen und Beschreibungen der Betriebsräte spiegeln sich dabei betriebliche Alltagserfahrungen wider, die auf massive Einschränkungen der Mitbestimmung für Beschäftigte und Betriebsräte verweisen. **Quelle: Linksnet**



Mittelalterliche Sozialpolitik

Trocken Brot und Wasser bei Totalsanktionen
Laut einer kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ an die Bundesregierung, wurden im Jahr 2011 rund 10.400 Menschen die Hartz IV - Regelungen um 100 Prozent als Sanktion gekürzt. Das bedeutet, die Betroffenen

haben mindestens drei Monate keine Sozialleistungen mehr erhalten. Obwohl das Bundesverfassungsgericht Sozialleistungen unter dem Existenzminimum untersagt, sieht die schwarz-gelbe Regierung „keinen Handlungsbedarf“. Es ist davon auszugehen, dass im laufenden Jahr

noch mehr Totalsanktionen verhängt wurden, da seit Amtseintritt der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen das jährliche Gesamtvolumen der Sanktionen mittlerweile die Millionengrenze überschritten hat...“ **Quelle: gegen-hartz.de**



Lohnzuschüsse für Langzeitarbeitslose: Die neue Job-Subvention

Unternehmen sollen mit großzügigen Lohnkosten-Zuschüssen animiert werden, Langzeitarbeitslose einzustellen. Das fordern sechs Bundesländer in einem Antrag, der im Bundesrat eingebracht wird...

Der Arbeitsmarkt-Experte Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) glaubt

allerdings, dass Mitnahmeeffekte nicht zu vermeiden sind: „Warum sollte eine Umzugsfirma jemanden regulär einstellen, wenn sie für einen Langzeitarbeitslosen Subventionen erhält?“ Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, sei vor allem eins nötig: mehr Jobs.

Bemerkenswert ist, dass auch die Arbeitgeberlobby den Vorschlag ablehnt: Jobs längerfristig

öffentlich zu fördern, sei nicht sinnvoll“, sagt ein Sprecher der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA). „Damit wird die Illusion genährt, es gäbe eine beschäftigungspolitische Alternative zu einem Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt. Zudem besteht die Gefahr der Verdrängung regulärer Beschäftigung.“

Quelle: FR

Statt Mindestlohn für alle – nun Job-Subvention für die Arbeitgeber.



Deutsche Reformen kein Vorbild für Europa

Der ausufernde Niedriglohsektor verändert auch den Einzelhandel. Minderwertige und billige Produkte, weder nachhaltig noch nach Prinzipien menschenwürdiger Arbeit produziert, werden von immer mehr Discountern angeboten. Deutsche Unternehmen mit hochwertigen und dadurch teuren Produkten geraten so unter Druck. Werden Niedriglohnpolitik und Ramschökonomie die neuen Exportschlager "Made in Germany"?

Die Deutschen kennen die Zweiklassengesellschaft bereits: Auf der einen Seite diejenigen, die noch gut bezahlte Jobs und sichere Arbeitsplätze haben und auf der anderen Seite die prekär Beschäftigten, die sich in Niedriglohnkellern aufhalten, zum Aufstocken verdammt und vom Rest der Gesellschaft abgehängt sind. Es gibt mehr als acht Millionen

Ein-Euro- und Mini-JobberInnen, Hunderttausende LeiharbeiterInnen und Millionen unfreiwillige TeilzeiterInnen. Zudem etliche RentnerInnen, die trotz jahrzehntelanger Arbeit nicht über die Runden kommen. Und 6,6 Millionen Deutsche sitzen in der Schuldenfalle...

Die wachsende Armutzone spaltet auch den deutschen Einzelhandel. Die Gutverdiener können sich hochwertige Güter und Bio-Produkte leisten. Doch die Abgehängten sind meist auf Ein-Euro-Shops und Discounter für Textilien und Lebensmittel angewiesen. Allmählich entsteht ein Markt für minderwertige und billige Produkte, eine Ramschökonomie, die weder nachhaltig noch mit Prinzipien menschenwürdiger Arbeit vereinbar ist. Die Ramschökonomie fordert auch die deutschen Unternehmen mit ihren

hochwertigen, technologieintensiven, aber teuren Produkten heraus. Denn Innovationen, komplexe und nachhaltige Produkte werden immer weniger rentabel, wenn die Nachfrage schleichend schwindet. In der Vorkrisenzeit konnten deutsche Unternehmen dieser Entwicklung mit der Expansion ihrer Geschäfte im Ausland entgegenwirken. Die boomenden Euroländer und der stabile Euro machten den Außenhandel zum Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Umgekehrt konnten immer mehr ausländische Billiganbieter, vor allem aus Schwellenländern, in Deutschland Fuß fassen und hiesige Niedriglöhner mit Billigprodukten versorgen.

Quelle: DGB klartext



Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung

Solidarisch finanzierte, öffentlich-demokratisch gestaltete, bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung dem Kartellrecht unterworfen.

Durch die Einführung des Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ist es möglich geworden, einen solidarisch selbstverwalteten Teil unseres Sozialstaates den Gesetzen künftig der Wirtschaft zu unterwerfen. Die Regierung versucht die Entwicklung (Gesundheit und Krankheit = Ware) jetzt damit zu zementieren, dass

sie unsere gesetzlichen Solidarkassen dem Kartellrecht unterstellt.

Ein sinnvoller Zusammenschluss der Kassen als starker Verhandlungspartner gegenüber Pharma-Konzernen, Krankenhausmonopolen und Ärztekartellen wird dadurch verboten oder zumindest schon einmal erheblich erschwert. Die wartenden Investoren haben mit ihren FDP Gesundheitswirtschaftsministern erfolgreich Lobbyarbeit geleistet.

Leider liegen diejenigen, die

über einen Sozialstaat mit solidarisch finanzierter, öffentlich-demokratisch gestalteter, bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung reden, anscheinend im Koma. Programme, die Profiteure der Konzerne durch eine Bürgerversicherung noch verstetigen, gehören in den Müll.

Die Partei, die für den Verbleib der gesetzlichen Krankenversicherung im Sozialrecht und für eine solidarische Krankenversicherung kämpft, ist DIE LINKE.

VON: HELGA EBEL

Quelle: scharf-links.de



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Einfaches Spiel -



Beschissenes Spiel

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Lisy** - Initiative von Links-Sympathisanten und Mitgliedern DIE LINKE, Es ist ein Gesprächskreis über politisch-kulturelle Themen, in der Regel jeden ersten Freitag im Monat in Weil oder Grenzach statt. Anmeldungen unter: info@dreieck-lisy.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Dauerthema auf den Montagsdemos ist die soziale Schieflage in unserem Land und in Europa. Auch gilt unsere Solidarität den Menschen in Spanien, Portugal, Griechenland und anderen europäischen Ländern, die fast täglich für ihre Sozialen- und Menschenrechte kämpfen. Die Umverteilung von unten nach oben und die massiven Steuergeschenke an die Superreichen in

Deutschland und Europa sind die Hauptursachen für die immer mehr zunehmende Verelendung in Deutschland und Europa. Das ist nicht das Europa, was sich die vielen Menschen erhofft haben. Eine reine Wirtschaftsunion dient nur den Großkonzern



nen und deren Handlanger und Lakaien. Ein gerechtes, friedliches und soziales Europa kommt nur, wenn wir die wissenschaftlichen Lehren von Karl - Marx und Friedrich



Engels beherzigen. „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ waren die Worte von Karl - Marx, lassen wir sie Wirklichkeit werden!

Auch die gewerkschaftliche Arbeit in der Region und deren Arbeitskämpfe sind



immer wieder mal Thema auf unseren Montagsdemos, so auch der Kampf der Betriebsräte der Fa. „Brennet“ in Wehr. Ein weiteres regionales Thema war und ist Stuttgart 21. Hier hat sich gezeigt, wie wir Bürger und die vielen tausend Demonstranten belogen worden sind. Heiner Geissler war ein schlechter Vermittler und Handlanger der Lobbyisten. Es bleibt und ist ein Milliardengrab. Unsere Solidarität gilt dem für seine Unabhängigkeit kämpfenden palästinensischen Volk. Internationale Solidarität ist für uns Montagsdemonstranten selbstverständlich.